

Büro Hans-Dietrich Genscher

Rede

von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher

anlässlich der Europa-Professur an der Europa-Universität

Viadrina

am 25. Mai 1999

in Frankfurt/Oder

Als der kalte Krieg am Beginn der 90er Jahre zu Ende ging, verkündete ein amerikanischer Politikwissenschaftler in einem aufsehenerregenden Buch, "Das Ende der Geschichte" sei gekommen. Der Autor, Francis Fukuyama, vertrat darin die These, das Ende des Kommunismus sei gleichbedeutend mit dem endgültigen Sieg von Demokratie und Marktwirtschaft im globalen Maßstab.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat diese Einschätzung nicht bestätigt. Sogar in Europa stellt der grausame Konflikt im früheren Jugoslawien und derzeit mit der sogenannten ethnischen Säuberung im Kosovo eine erschütternde Rückkehr der Geschichte im Zeichen eines aggressiven Nationalismus dar. Auch an außereuropäischen Beispielen hat es in den letzten Jahren nicht gefehlt. In manchen Weltregionen zeigt sich, dass wirtschaftliche Modernisierung nicht automatisch mit der Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten einhergeht. Die Geschichte geht also auch nach der großen Wende des Jahres 1989 weiter. Mehr noch: Wir stehen inmitten einer neuen Epoche, deren "leitende Tendenz" - um mit Leopold von Ranke zu sprechen - die immer stärkere Globalisierung aller Lebensbereiche und Lebensbezüge ist. Die Modernisierungsfähigkeit der Gesellschaften und die Globalisierung verlangen neuen Gestaltungswillen der Staaten. Nach innen für die Einstellung auf diese Entwicklung, nach außen für den Entwurf einer neuen, auf Gleichberechtigung und Kooperation gegründeten Weltordnung. Die Überwindung von Barrieren, Grenzen und Beschränkungen darf nicht zur Resignation des politischen Gestaltungswillens führen. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland hat uns den freiheitlichsten Staat unserer Geschichte gegeben, aber es hat auch Werte vorgegeben für diese freiheitliche Ordnung. Unter ihnen ist der Artikel 1 mit dem Auftrag, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen, das alles überragende Ziel. Aber das Grundgesetz hat den Staat nicht abgeschafft, sondern ihm die Aufgabe gestellt, stabile und demokratisch kontrollierte Rahmenbedingungen für ein Leben in Menschenwürde zu schaffen. Beim Bau des Hauses Europa verfahren wir im Rahmen der Europäischen Union, aber auch in der KSZE, jetzt der OSZE, nach der gleichen Einsicht. Deshalb ist heute unter den Bedingungen der Globalisierung der Entwurf einer neuen Weltordnung gefordert.

Die beschleunigte Globalisierung wäre ohne die Überwindung des ideologischen Ost-West-Gegensatzes nicht möglich gewesen. Der kalte Krieg hatte Deutschland und Europa gespalten; er wurde aber auch in viele Teile der Welt getragen, ja, in anderen Teilen der Welt wurden "heiße" Stellvertreterkriege geführt. Der West-Ost-Konflikt hat viele sich längst

anbahnende Entwicklungen gelähmt und behindert. Die Bipolarität zwischen Washington und Moskau hat zur einer weltweiten Zweiteilung geführt. Deshalb symbolisierte der Fall der Mauer in Berlin am 9. November 1989 nicht nur den Beginn eines neuen Kapitels in der deutschen und der europäischen Geschichte, sondern auch den Beginn einer neuen Weltordnung unter dem Begriff der Globalisierung. Die friedlichen Freiheitsrevolutionen in Mittel- und Osteuropa haben das Scheitern einer Politik gezeigt, die auf Abgrenzung nach außen und Unterdrückung nach innen beruhte. Das gleiche Schicksal droht auch anderen Abgrenzungs- und Ausgrenzungsversuchen, das gilt für ökonomische Ab- und Ausgrenzung genauso wie für kulturelle und politische. Die leitende Tendenz des neuen Jahrhunderts ist auf die Überwindung des Trennenden gerichtet. Die Freiheit der Information, die überall zur gleichen Zeit zugänglich ist, duldet keine Ab- und Ausgrenzung, so wie bei Fausts Osterspaziergang die Sonne keine Weißes mehr duldet. Die Zukunftsbotschaft des Faust'schen Osterspaziergangs: „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche“ wird in der Globalisierung Wirklichkeit. Von Abgrenzung und Ausgrenzung befreit ist die Menschheit. Aber das bedeutet nicht, dass sich nun alles von selbst ergibt, dass Globalisierung sich von selbst zum Optimum entwickelt. Ludwig Erhard, der im Gegensatz zu vielen, die sich heute auf ihn berufen, ein aufgeklärter Marktwirtschaftler war –gilt als Vater der sozialen Marktwirtschaft, weil er wusste, dass es außer auf den Shareholder Value auch noch auf die Stake-Holder-Bedinungen ankommt, auf ein stabilen soziales und politisches Umfeld, auf die Standortbedingungen.

Jetzt stehen wir in einer grundlegend veränderten Welt. Nicht nur die ehemals sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas haben sich für die Weltwirtschaft geöffnet, sondern auch in den Staaten der sogenannten "Dritten Welt" ist es zu einem tiefgreifenden ordnungspolitischen Bewusstseinswandel gekommen. Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes wurde auch ein beispielloser Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen für Güter und Dienstleistungen im Gefolge der Uruguay-Runde des GATT und die Gründung der neuen Welthandelsorganisation WTO möglich; regionale Entwicklungen wie die Vollendung des EU-Binnenmarktes oder die Bildung von regionalen wirtschaftlichen Zusammenschlüssen wie NAFTA, ASEAN und MERCOSUR haben die Liberalisierung des Welthandels ebenfalls entscheidend gefördert. Das gilt auch für die rasante Entwicklung der Kommunikations- und Verkehrstechnologie. Schon heute leben wir in einer Weltkommunikationsgesellschaft, deren Wirkungen einer neuen industriellen Revolution gleichkommen. Zugang zu und Verfügung über Information, Wissen und Kommunikation sind heute nach Boden, Kapital und Arbeit

zum vierten Produktionsfaktor geworden. Das von dem amerikanischen Wissenschaftler McLuhan Ende der 60er Jahre prophezeite "globale Dorf" ist im Zeitalter des Internet längst keine Utopie mehr. Gerade die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien relativieren die Grenzen zwischen Staaten und Gesellschaften immer mehr. Nirgendwo wird das so spürbar wie im Bereich der Weltwirtschaft. Der Umfang des Welthandels ist heute mehr als fünfzigmal größer als am Ende des Zweiten Weltkrieges. Allein in den Jahren 1990 bis 1994 hat das Welthandelsvolumen im Jahresdurchschnitt etwa fünfmal so schnell zugenommen wie das Weltsozialprodukt. Globalisierung zeigt sich auch in einer immer größeren Mobilität des Produktionsfaktors Kapital. Die Computerisierung macht heute Transaktionen auf den Devisenmärkten in Höhe von mehr als 1.000 Milliarden US-Dollar täglich möglich. Die Auslandsinvestitionen wachsen seit den achtziger Jahren mit 22 % wesentlich schneller als der Welthandel. Transnationale Unternehmen spielen eine immer größere Rolle. Der Umsatz der 200 größten Konzerne macht heute gut ein Fünftel des Welt-Bruttoinlandproduktes aus. Globalisiert hat sich auch der internationale Kapitalverkehr: Mit der Globalisierung der Märkte für Waren, Dienstleistungen und Kapital entsteht auch zunehmend ein Weltarbeitsmarkt mit einem weltweiten Wettbewerb kostengünstiger Arbeitsplätze. Globalisierung bedeutet schließlich auch einen weltweiten Wettbewerb der Bildungssysteme, der Steuersysteme und der Sozialsysteme.

Der Wegfall von Handelshemmnissen, die rasanten Fortschritte der Kommunikations- und Verkehrstechnologie und die wachsende Mobilität der Produktionsfaktoren lassen die Welt zu einem globalen Marktplatz werden. Nie zuvor waren die Wahlmöglichkeiten für Investoren so groß, traten Vor- und Nachteile von Standortbedingungen so deutlich zu Tage wie heute. Die Industriestaaten des Westens sehen sich nach dem Ende des kalten Krieges einer Fülle neuer Wettbewerber in Mittel- und Osteuropa und in der sogenannten Dritten Welt, vor allem in Asien und Lateinamerika, gegenüber. Globalisierung des Standortwettbewerbs bedeutet für die weniger entwickelten Regionen erstmals die Chance, ihre Standortvorteile zur Geltung zu bringen und aufzuschließen. Das verlangt allerdings ein faires, nicht-protektionistisches Welthandelssystem. Globalisierung der Weltwirtschaft bedeutet ein bislang ungekanntes Maß an Handlungs- und Wahlfreiheiten für Unternehmen und Verbraucher. Dennoch ist die Diskussion über die Globalisierung hierzulande nicht selten angstbehaftet. Manche machen sie für die Massenarbeitslosigkeit, die Krise des Sozialstaats, die Verlegung von Investitionen und damit von Arbeitsplätzen ins Ausland verantwortlich; es ist von einer "Globalisierungsfalle" die Rede. Richtig ist, dass die globale Standortkonkurrenz die

Verkrustungen, Inflexibilität und Strukturdefizite immer deutlicher zu Tage treten läßt. Auch bei uns zu glauben, wir könnten den Herausforderungen der Globalisierung entfliehen, wäre jedoch ein fataler Irrtum. Wer die Realität der Globalisierung nicht ernst nimmt, wird zu den Verlierern der Globalisierung gehören. Nur wer bereit ist, diesen Prozess aktiv mitzugestalten und sich darauf einzustellen, wird die darin liegenden Chancen erfolgreich nutzen. Die mit der Globalisierung verbundenen Veränderungen als Chance zu begreifen und die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Umorientierung zu erkennen, ist die geistige, politische und gesellschaftliche Herausforderung von heute und morgen. Wir brauchen deshalb eine gesamtgesellschaftliche Diskussion darüber, welche Antworten auf die Herausforderung der Globalisierung gefordert sind, um sie zu meistern. Nur dann wird es uns gelingen, unsere Werteordnung zu bewahren und wirtschaftliches Wachstum und soziale Stabilität dauerhaft zu sichern. Ein Blick auf die Arbeitslosenzahl genügt um zu zeigen, wie weit wir hiervon noch entfernt sind. Zu Recht haben die christlichen Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Bundesrepublik Deutschland einen neuen Grundkonsens über die Grundlagen unseres Zusammenlebens im Zeitalter der Globalisierung gefordert. Globalisierung bedeutet nicht "das Ende der Politik". Mehr als je zuvor muss sie ihrer vornehmsten Aufgabe gerecht werden: Orientierung zu geben und Maßstäbe zu entwickeln für gemeinsame Zukunftsgestaltung. Hierzu müssen auch die Wissenschaft, die Unternehmer, die Gewerkschaften, die Kirchen und die übrigen gesellschaftlichen Gruppen ihren Beitrag leisten. Dabei tut es not, sich wieder auf die Grundwerte unserer Gesellschaft zu besinnen, vor allem den alles überragenden Grundwert der Menschenwürde, wie er in Artikel 1 unseres Grundgesetzes festgeschrieben ist: "Die Würde des Menschen ist unantastbar; sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Hierin gründen Demokratie, Rechtsstaat und auch das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. Niemand sollte deshalb den sozialen Rechtsstaat als Appendix der Marktwirtschaft betrachten. Die soziale Marktwirtschaft ist unverzichtbarer Bestandteil unserer politischen Ordnung. Soziale Stabilität war und ist eine der großen Standortvorteile Deutschlands. Globalisierung und der Erhalt sozialer Stabilität schließen einander auch keineswegs aus. Beides miteinander zu vereinen, wird jedoch nur dann gelingen, wenn Deutschland auch in Zukunft ein attraktiver und leistungsfähiger Standort für Investitionen bleibt und deutsche Unternehmen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind.

Wettbewerb im Zeitalter der Globalisierung heißt auch globaler Wettbewerb der Bildungs- und Forschungssysteme. Deutschland wird seine Stellung in einer sich globalisierenden

Weltwirtschaft nur durch eine zukunftsgerichtete Bildungs- und Forschungspolitik bewahren können. Die Zukunft unseres Landes entscheidet sich wesentlich in den Ausbildungsstätten, den Schulen und Hochschulen, den Labors und Forschungseinrichtungen unseres Landes. Dass der Anteil öffentlicher Ausgaben für Bildung und Forschung in Deutschland teilweise deutlich unter dem OECD-Spitzenniveau liegt, gibt Anlaß zu größter Sorge. Die Leistungswilligen in allen Berufssparten verdienen eine systematische und umfassende Bildung und Ausbildung durch Staat und Wirtschaft. Wer hier falsche Prioritäten setzt, gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Zu viele Schüler in Klassen und Seminaren, überfüllte Hörsäle, mangelnde technische Ausstattung von Schulen und Hochschulen sind Ausdruck von Fehlentwicklungen, die auf einer falschen Prioritätensetzung beruhen.

Wir werden die Herausforderung der Globalisierung schließlich nur dann meistern, wenn wir bereit sind, uns künftig stärker auf den Wachstumsmärkten der Welt engagieren. Das gilt in besonderer Weise für die Biotechnologie und die Kommunikations- und Informationstechnologie. Hier im globalen Wettbewerb mitzuhalten, ist eine entscheidende Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir haben nicht die Wahl, Teil einer globalen Informationsgesellschaft zu werden oder nicht. Nur wer die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien annimmt und ihre Möglichkeiten verantwortungsvoll nutzt, wird die Herausforderungen des kommenden Jahrhunderts meistern können. Neues Denken und Handeln ist von der deutschen Wirtschaft auch bei ihren Investitionen in den Wachstumsregionen gefordert.

Es wäre allerdings ein offensichtliches Missverständnis, die Globalisierung als eine allein wirtschaftliche Angelegenheit zu betrachten. Globalisierung als ständig wachsende Interdependenz und fortschreitende Beschränkung nationalstaatlicher Gestaltungsmöglichkeiten wird in allen Bereichen immer stärker spürbar. Die großen Konferenzen der vergangenen Jahre zu den "global issues" - die Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992, die Kairoer Weltbevölkerungskonferenz von 1994, der Kopenhagener Weltsozialgipfel von 1995 - belegen das geschärfte Bewusstsein dafür, dass die globalen Herausforderungen globale Antworten verlangen. Das gilt in besonderer Weise für das dramatische Wachstum der Weltbevölkerung. Es dauerte vom Beginn der Menschheit bis zum Jahr 1800, bis diese ca. 1 Milliarde Menschen zählte. Für die zweite Milliarde waren bedurfte es noch 125 Jahre, für die dritte 35 und für die vierte nur noch 14 Jahre. Allein in den zwölf Jahren zwischen 1987 und 1999 wird sich die Weltbevölkerung um eine weitere

Milliarde Menschen auf etwa 6 Milliarden vergrößern. Nach Schätzungen werden bis zum Jahr 2025 etwa weitere zwei Milliarden hinzukommen. Der größere Teil der Weltbevölkerung lebt in den weniger entwickelten Ländern.

Sie verfügen nicht über die technischen und finanziellen Mittel, um die infrastrukturellen, wirtschafts- und sozialpolitischen und ökologischen Probleme des Bevölkerungswachstums zu beherrschen. Immer mehr Menschen in den Entwicklungsregionen werden angesichts Hunger und Not, fehlender wirtschaftlicher Perspektiven und immer größerer ökologischer Belastungen versuchen, in den wohlhabenden Industriegesellschaften des Nordens zu leben. Massenhafte Migration als Folge des Bevölkerungswachstums und das Nord-Süd-Wohlstandsgefälle könnten sich deshalb immer stärker als ernste Bedrohung für regionale und globale Stabilität erweisen. Weitreichend sind die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums auch auf die globale Umwelt. Die aus Not, Hunger und Hoffnungslosigkeit resultierende Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlagen in den ärmeren Weltregionen führt zu Umweltbelastungen und Zerstörungen größten Ausmaßes. Die Folgen - etwa das Abholzen der Tropenwälder - treffen auch die Industriestaaten des Nordens. Zu einer global ansetzenden, menschenwürdigen Bevölkerungspolitik gibt es keine Alternative. Wichtige Rahmenbedingungen sind von der Kairoer Bevölkerungskonferenz benannt worden: ganzheitliche Familienplanung, die Gleichstellung der Frauen, die Gewährleistung einer sozialen Grundsicherung, die Senkung der Kindersterblichkeit und vor allem die Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen für Ausbildung und Forschung in den ärmeren Ländern.

Die aus der Globalisierung folgende Notwendigkeit, unsere Welt als Einheit zu begreifen, wird auch angesichts der Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen in existentieller Weise spürbar. Globale Umweltgefährdungen wie die Erwärmung des Weltklimas, die Zerstörung der Ozonschicht oder die Verschmutzung der Weltmeere betreffen alle Staaten der Erde. Die langfristige Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen muss deshalb zu einem zentralen Anliegen der internationalen Politik werden. Gefordert ist eine gemeinsame Strategie für das Überleben der Menschheit. Der Philosoph Hans Jonas hat mit dem "Prinzip Verantwortung" ein zentrales Kriterium politischer Strategien und Entscheidungen benannt, das in besonderer Weise für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen unserer und der kommenden Generationen gilt: "Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz allen menschlichen Lebens auf Erden."

Diese Mahnung richtet sich aber zuallererst an die reichen Industriestaaten des Nordens. Die schwersten globalen Umweltgefährdungen werden durch die energie- und ressourcenintensive Produktions- und Lebensweise der reichen Industrienationen verursacht. Die Übertragung des westlichen Entwicklungsmodells auf den Rest der Welt würde zum global-ökologischen Kollaps führen. Deshalb gilt es Abschied zu nehmen von Entwicklungsstrategien, die das energie- und ressourcenverschwendende Modell des Westens zu kopieren suchen. Gefordert ist ein Umdenken - auch in den Industrienationen selbst. Volkswirtschaften, die in ihren Kalkulationen nicht die Kosten für Umweltbelastungen und Ressourcenverschwendung berücksichtigen, verhalten sich auch ökonomisch kurzsichtig. Der sozialen Marktwirtschaft muss deshalb endlich die ökologische Dimension hinzugefügt werden.

Die Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 hat das Ziel einer "nachhaltigen Entwicklung" erstmals als gemeinsame Aufgabe formuliert: die Verbesserung der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse der Menschen muss so weit wie möglich mit der Sicherung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang gebracht werden. Verlangt ist eine Strategie, die ökologische, ökonomische, soziale und rechtliche Elemente miteinander verbindet. Hierzu gehört auch eine entschlossenere Armutsbekämpfung, vor allem durch mehr Bildung und Ausbildung. Nur so wird es gelingen, den Teufelskreis von Unterentwicklung und Umweltzerstörung zu durchbrechen. Zu einer wirksamen globalen Umweltpolitik gehört auch ein internationales Umweltrecht mit wirksamen Vereinbarungen und Regelungen zum Schutz der Umwelt. Staaten und Personen, die elementare Grundsätze des Umweltschutzes verletzen, müssen auch international zur Rechenschaft gezogen werden können. Eine Umweltcharta der Vereinten Nationen ist genauso notwendig wie eine Menschenrechtscharta. Globale Umweltpolitik ist ein entscheidendes Element globaler Friedens- und Sicherheitspolitik. Weltfrieden ist mehr als Abwesenheit von Krieg. Der Friedensbegriff muss umfassend verstanden werden. Er muss den Frieden mit der Schöpfung und mit den nachfolgenden Generationen einbeziehen.

Zu den größten Gefährdungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges zählt die Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und die Ausbreitung des Wissens über deren Produktion. Zwar ist heute die Gefahr einer nuklearen Konfrontation zwischen den Nuklearmächten weithin gegenstandslos geworden; dennoch leben wir weiter in einer mit atomaren, chemischen, biologischen und konventionellen

Massenvernichtungsmitteln hochgerüsteten Welt. Wie die Beispiele Irak und Nordkorea zeigen, kann die unkontrollierte Verbreitung dieser Waffen zur Destabilisierung ganzer Regionen führen. Durch Anwendung von Massenvernichtungswaffen kann schon aus einem lokalen Konflikt leicht eine globale Katastrophe werden. Eine besondere Gefahr für die internationale Sicherheit stellen Massenvernichtungswaffen in den Händen von terroristischen Gruppen dar.

Dennoch sind die nach der großen Wende erzielten Fortschritte ermutigend. Im Jahr 1993 kam nach jahrzehntelangen Verhandlungen das Chemiewaffen-Übereinkommen der Vereinten Nationen zustande, das die Welt für immer von chemischen Waffen befreien soll. 1995 wurde der Vertrag über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen auf unbegrenzte Zeit verlängert. 1990 wurde ein umfassendes, zeitlich nicht begrenztes und verifizierbares Abkommen über das Verbot von Nukleartests abgeschlossen. Nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung setzen jedoch voraus, dass auch in Zukunft die Kernwaffenstaaten ihrer vertraglichen Verpflichtung, zu weiterer nuklearer Abrüstung nachkommen. Nur dann werden alle Nicht-Kernwaffenstaaten dauerhaft auf die Entwicklung eigener Kernwaffenpotentiale verzichten, wie Deutschland dies schon längst für alle Zeiten einseitig getan hat. Nukleare Abrüstung erfordert schließlich auch ein umfassendes und verifizierbares Verbot der Produktion von waffenfähigem nuklearem Spaltmaterial. Der Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen als die weltweit einzige Instanz, die verbindlich für alle Staaten Maßnahmen zur Sicherung des Weltfriedens ergreifen kann, sollte die zentrale Rolle im Rahmen der globalen Nichtverbreitungspolitik übernehmen.

Die Globalisierung der Weltwirtschaft und die Globalisierung politischer, sozialer, ökologischer Probleme überfordert immer mehr die Fähigkeit der Nationalstaaten, die sie betreffenden Entwicklungen alleine zu gestalten. Die Globalisierung verlangt nach neuen, wirksamen Formen der Zusammenarbeit, nach einer neuen kooperativen Weltordnung. Für Deutschland heißt dies die entschlossene Fortsetzung der europäischen Einigung, die Stärkung und Aktivierung der OSZE und die Weiterführung unserer multilateralen Verantwortungspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen und der übrigen internationalen Organisationen. Für Europa bedeutet das: Auf die neuen globalen Herausforderungen kann es nur eine gemeinsame europäische oder keine Antwort geben. Die europäische Integration findet heute ihre Begründung nicht mehr nur in der Geschichte, also in den europäischen Bruderkriegen der letzten Jahrhunderte und vor allem in den zwei Weltkriegen dieses

Jahrhunderts, kurz in dem kategorischen Imperativ Europas, es nie wieder zu einer Renationalisierung des Denkens und Handelns kommen zu lassen. Es geht genauso darum, durch die Bündelung unserer Kräfte die Selbstbehauptung Europas im globalen 21. Jahrhundert zu sichern und die Europäische Union zu einem tragenden Pfeiler einer stabilen und kooperativen Weltordnung zu machen.

Das Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion am 01.01.1999 war ein wichtiger Schritt auf diesem Wege, aber ganz gewiss nicht der letzte unbedingt notwendige. Verlangt sind handlungsfähige und effizientere europäische Institutionen: eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, eine gemeinsame Rechts- und Innenpolitik, schließlich ein Europäisches Parlament, das zu wirksamer demokratischer Kontrolle in der Lage ist.

Die Lehren der europäischen Geschichte, nämlich die Notwendigkeit, Konfrontation durch Kooperation zu ersetzen und Machtpolitik durch Verantwortungspolitik, müssen sich auch in einer globalisierten Welt durchsetzen. Dies keineswegs nur politisch oder militärisch, sondern in allen Bereichen. Das gilt auch für die internationale Währungs- und Finanzpolitik. Dollar, Yen und Euro müssen zu einem Verhältnis der Kooperation finden. Damit werden an die Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik gänzlich neue Fragen, aber auch Anforderungen gestellt.

Der Prozess der Globalisierung verlangt eine weltoffene und kooperationsbereite Europäische Union. Dies gilt zunächst mit Blick auf unsere Nachbarn im Osten und Süden. Politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Instabilität in unseren Nachbarregionen wird auch die EU destabilisieren. Nur die Erweiterung der Stabilitätszone EU vermag Demokratie und Marktwirtschaft dauerhaft in den Staaten Mittel-, Südost- und Südeuropas zu sichern. Wenn wir das ganze Europa ins Auge fassen, dann kommt entscheidende Bedeutung auch der Vertiefung der Beziehungen der EU zu Russland, der Ukraine und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Rahmen der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zu. Sicherheit und Stabilität in ganz Europa sind nur durch eine umfassende politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und diesen Staaten zu sichern; dies verlangt auch die Einbeziehung dieser Staaten in eine gesamteuropäische Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energie und Kommunikation und die Schaffung einer gesamteuropäischen Freihandelszone.

Eine stabile und kooperative Weltordnung setzt eine enge und vertrauensvolle Partnerschaft zwischen der EU und den nordamerikanischen Demokratien voraus. Weder die USA und Kanada noch die EU sind heute jeder für sich allein in der Lage, wirksame Antworten auf die globalen Herausforderungen zu geben. Beide Seiten sind durch gemeinsame Werte, politische, wirtschaftliche und strategische Interessen eng miteinander verbunden. Dies gilt auch nach dem Ende des kalten Krieges. In diesem Sinne war die Unterzeichnung einer "Neuen Transatlantischen Agenda" durch die USA und die EU und die Verabschiedung eines "Gemeinsamen Aktionsplans" im Jahr 1995 ein wichtiger Schritt nach vorn. Sie bildet den Rahmen für den unverzichtbaren politischen und sicherheitspolitischen Dialog über alle globalen Fragen, die die USA und die EU gemeinsam betreffen. Zugleich geht es darum, die Vision eines "transatlantischen Marktes" durch den weiteren Abbau von Zöllen und sonstigen Handels- und Investitionshemmnissen schrittweise zu verwirklichen. Die transatlantische Wirtschaftskooperation darf jedoch nicht zu neuem Protektionismus führen. Der transatlantische Wirtschaftsraum muss ein Modell für einen offenen Regionalismus, ein Katalysator für eine weitere Liberalisierung des Welthandels sein. Nach dem Ende des kalten Krieges sind die Chancen hierfür so groß wie kaum jemals zuvor. Die starre Bipolarität des Ost-West-Konflikts hat einer multipolaren Welt Platz gemacht.

Überall in der Welt werden wir Zeugen neuer regionaler Zusammenschlüsse - wie der Nordatlantischen Freihandelszone NAFTA, der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC), der lateinamerikanischen Freihandelszone MERCOSUR oder der immer intensiveren Zusammenarbeit im Rahmen der ASEAN-Gruppierung oder des Golf-Kooperations-Rates. Neue große Staaten nehmen immer stärker ihre politische und wirtschaftliche Rolle wahr. Das gilt vor allem für Indien und China.

Die Globalisierung, die immer stärkere Relativierung von Grenzen eröffnen ganz neue Perspektiven für die Zusammenarbeit zwischen den Regionen der Welt. Zu Recht hat die EU schon in den siebziger und achtziger Jahren Abkommen über Zusammenarbeit mit anderen regionalen Zusammenschlüssen geschlossen. Nur ein kooperativer Regionalismus wird zum Entstehen einer kooperativen stabilen Weltordnung beitragen können; die Alternative - ein konfrontativer Regionalismus - würde hingegen die alten nationalen Egoismen nur auf höherer Ebene wiederholen und zum Ausgangspunkt für neue Instabilitäten bis hin zu neuen Konflikten werden.

Letztlich wird sich die Zukunft der Welt in dem neuen Jahrhundert an der Frage entscheiden, ob es gelingt, durch Verantwortungspolitik eine kooperative Weltordnung zu schaffen, oder ob Machtpolitik nach einseitigen Vorteilen sucht und damit die Fehler der alten nationalistischen Rivalitätspolitik auf einer größeren Ebene wiederholt. Ausdrücklich widerspreche ich den Stimmen, die einer Kooperation der Weltregionen wenig Chancen geben, die im Gegenteil einen "Zusammenstoß der Kulturen" im Zeichen religiös-kultureller Fundamentalismen vorhersagen. In der Tat sieht man in anderen Teilen der Welt in der Globalisierung die Gefahr wirtschaftlicher und kultureller Fremdbestimmung durch die westlichen Industrienationen. Richtig ist auch, dass wir nach dem Ende des kalten Krieges eine neue kulturelle Identitätssuche in der ganzen Welt beobachten. Die These vom "Zusammenstoß der Kulturen" ist aber deshalb keineswegs zwingend. Im Gegenteil! Der Nord-Süd Dialog muss auch ein Dialog der Kulturen sein. In ihrer Fixierung auf nicht-westliche Fundamentalismen, insbesondere den islamischen Fundamentalismus, übersieht die These vom "clash of civilisations", dass die eigentlichen Ursachen vieler Fundamentalismen nicht zuerst in Kultur oder Religion, sondern viel stärker in Armut und sozialer Ungerechtigkeit zu suchen sind und natürlich eröffnen politische und ökonomische Vorherrschaftsansprüche der großen wirtschaftlichen Industriestaaten den fundamentalistischen Kräften die Chance, sich als emanzipatorische Bestrebungen zur Wahrung nationaler Identität darzustellen. Politisch birgt die These vom "Zusammenstoß der Kulturen" die Gefahr der sich selbst erfüllenden Prophezeiung in sich. Je mehr wir sie zur Grundlage unserer Politik machen, um so weniger werden wir die zweifellos bestehenden Chancen globaler Kooperation wahrnehmen. Der Gefahr neuer Feindbilder, ungerechtfertigter Pauschalisierungen und Ausgrenzungen gilt es zu widerstehen. Wie ein Wort aus einer anderen Zeit klingt die Forderung nach einer technologischen und militärischen Überlegenheit des Westens über nicht-westliche Kulturen. Europa und Amerika werden ihre globale Stellung im 21. Jahrhundert nur durch eine global angelegte Verantwortungspolitik, nicht aber durch traditionelle Machtpolitik sichern können. Ich bin überzeugt, dass die Globalisierung letztlich auch den schöpferischen Dialog von Kulturen mit sehr unterschiedlichen Wertvorstellungen erleichtern wird. Diesen Dialog im Geist der Toleranz zu führen, heißt nicht, eigene Standpunkte zu relativieren oder gar aufzugeben. Menschenrechte und Demokratie bleiben für den Westen unverzichtbare Grundlage seiner Identität und einer künftigen Weltordnung. Die universelle Gültigkeit der von der Staatengemeinschaft akzeptierten VN-Menschenrechtspakte und der anderen menschenrechtlichen Vereinbarungen darf deshalb nicht zur Disposition gestellt werden. Allerdings verlangt das Prinzip der

Toleranz, den Anderen in seiner Andersartigkeit ernst zu nehmen und zu respektieren. Nur wenn wir bereit sind, uns auch in die Schuhe des Anderen zu stellen, werden wir in der Lage sein, bei der Lösung gemeinsamer Probleme zusammenzuwirken. Ich bin sicher: Wenn wir den Dialog der Kulturen ernst nehmen, wird sich mehr an gemeinsamen Wertvorstellungen zeigen, als uns dies heute noch möglich erscheint. Die Erfahrungen des Ost-West-Konflikts - insbesondere die Wirkungen des zunächst sehr schwierigen KSZE-Prozesses - sind ein ermutigendes Beispiel für vertrauensbildenden Dialog und Zusammenarbeit unter den Bedingungen des Systemgegensatzes.

Eine Weltordnung, die auf Dialog und Zusammenarbeit über Kultur- und Systemgrenzen hinweg zielt, bedarf tragfähiger Institutionen, auf regionaler - wie etwa die EU -, aber auch auf globaler Ebene. Entscheidende Bedeutung kommt hierbei den Vereinten Nationen zu. Von Anbeginn waren sie konzipiert als globale Organisation zum Schutz des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Lange Zeit hat die Bipolarität des Ost-West-Konflikt den Vereinten Nationen nicht erlaubt, dieser Aufgabe im vollen Umfang gerecht zu werden. Heute, nach dem Ende des kalten Krieges, haben die Vereinten Nationen die Chance, zu einem zentralen Element einer neuen Weltordnung zu werden. Sie sind das geborene Forum, um die neuen globalen Herausforderungen zu diskutieren, gemeinsame Strategien zu ihrer Bewältigung zu entwickeln und entsprechende Bemühungen zu koordinieren. Die Beendigung des kalten Krieges und das Entstehen einer multipolaren Welt dürfen nicht dazu führen, dass das Faustrecht der Staaten und Regime wieder zum Normalzustand der internationalen Beziehungen wird. Um die Herrschaft des Rechts gegenüber dem angeblichen Recht des Stärken durchzusetzen und die Schwachen vor Gewalt oder der Drohung mit Gewalt zu schützen, muss die Stellung des Sicherheitsrates als zentrales Organ zur Sicherung des Weltfriedens gestärkt werden. Die bisherige Struktur und Aufgabenstellung des Weltsicherheitsrates entsprechen allerdings nicht mehr den Gegebenheiten einer gewandelten Welt. Gefährdungen für den Weltfrieden resultieren heute nicht mehr nur aus militärischen Auseinandersetzungen, sondern auch aus ethnischen Konflikten, organisierter Kriminalität und Terrorismus oder ökologischen Katastrophen. Deshalb sollte der Sicherheitsrat künftig die Möglichkeit haben, sich auch mit nicht-militärischen Bedrohungen der internationalen Sicherheit zu befassen: ökologische Katastrophen, Proliferation von Massenvernichtungsmitteln, massive Menschenrechtsverletzungen, internationale Kriminalität und Terrorismus.

Allerdings muss davor gewarnt werden, die Vereinten Nationen zu überfordern. Soweit wie möglich müssen sie durch regionale Organisationen im Sinne von Kap. VIII der VN-Charta entlastet werden. Hierbei kommt der konsequenten Nutzung der OSZE als einer regionalen Organisation besondere Bedeutung zu; in ihrem Anwendungsbereich sollte sie künftig zuerst bei der Vorbeugung und der Bewältigung von Krisen und Konflikten tätig werden. Eine verbesserte Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen setzt schließlich auch eine umfassende Reform des Systems ihrer Sonderorganisationen voraus. Schließlich werden die Vereinten Nationen nur dann ihren Aufgaben gerecht werden können, wenn alle Mitgliedstaaten ihren Beitragsverpflichtungen vollständig und pünktlich nachkommen.

Die Existenz der Vereinten Nationen entbindet die großen Industriestaaten nicht von der besonderen Verantwortung, die sie für das Entstehen einer stabilen und kooperativen Weltordnung tragen. Ihre Entscheidungen haben weitreichende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Welt. Deshalb kommt ihrer Zusammenarbeit im Rahmen der Triade USA - EU - Japan und der acht großen Industrienationen, den G 8, größte Bedeutung für die globale Stabilität und Sicherheit zu. In der Vergangenheit haben die G 7-, heute die G-8-Treffen beachtliche Erfolge in wichtigen Bereichen erzielt, wie etwa den Abschluss der Uruguay-Runde im Rahmen des GATT, die Unterstützungsmaßnahmen für Russland sowie die übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die Stärkung der Vereinten Nationen und vieles andere mehr. Künftig werden sich die G 8 jedoch noch stärker um gemeinsame Strategien zur Bewältigung der globalen Herausforderungen bemühen müssen. Kann das ohne China, ohne Indien, ohne Afrika und ohne Lateinamerika geschehen? Neues Denken ist deshalb auch mit Blick auf die Zusammensetzung des Weltwirtschaftsgipfels erforderlich. Und wer wollte heute ernsthaft China als einen "global player" ausschließen?

Eine kooperative Weltordnung wirft die Frage nach der Entwicklung einer globalen Wirtschaftsordnung auf. Wie soll sie aussehen? Wer entscheidet über die Gestaltung der globalen Wirtschaftsordnung? Diese Fragen kommen zu einem Zeitpunkt, zu dem – jedenfalls für Europa – die Antwort gegeben ist. Nach der Ablehnung der sozialistischen Strukturen durch die Völker Mittel-, Ost- und Südosteuropas haben sich die Teilnehmerstaaten der OSZE 1990 in Paris – damals unter Teilnahme der Sowjetunion – mit der Charta für Europa für die soziale Marktwirtschaft entschieden. Diese Grundentscheidung wird auch heute noch akzeptiert, auch wenn inzwischen unübersehbare Enttäuschungen aufkommen, weil zunächst die Probleme der Transformation von sozialistischen in marktwirtschaftliche Ordnungen

unterschätzt wurden. Zu diesen Fehleinschätzungen haben manche westliche Ratgeber beigetragen, die ganz sicher gute Kenner der marktwirtschaftlichen Ordnung, ihrer Prinzipien und Funktionen sind, die aber nur wenig Kenntnis hatten von den sozialistischen Ordnungen und deshalb die Probleme der Systemumstellungen verkannten oder zumindest unterschätzten. Dafür wurde gerade im Westen häufig die Leistungsstärke sozialistischer Marktordnungen überschätzt. Solche Fehleinschätzungen hatten sich schon in der der Wende von 1989/90 vorangehenden Jahrzehnten gezeigt. Selbst die OSZE blieb davor nicht bewahrt. Ähnliche Fehleinschätzungen könnten sich ergeben, wenn die Wirkungen der Globalisierung, vor allem die Globalisierung der Finanzmärkte unterschätzt werden. Es könnte geschehen, dass in einer Zeit, in der das marktwirtschaftliche Modell globale Akzeptanz für die nationalen Volkswirtschaften findet, das globale Systemvertrauen verloren geht – die Staaten der Dritten Welt beweisen das genauso wie die chinesischen Reformen, die derzeit für das bevölkerungsreichste Land den von Mao angekündigten großen Sprung nach vorn betreiben. Mao scheiterte, weil er auf den wirtschaftlichen Sozialismus setzte, die Reformen von heute bekennen sich zur Marktwirtschaft und setzen damit Dynamik und Innovation frei.

Wenn also für die nationalen Volkswirtschaften das Modell Marktwirtschaft akzeptiert wird, so droht ihm Gefahr, wenn durch globale Entwicklungen das Systemvertrauen in die globale Marktwirtschaft erschüttert wird. Der Ruf nach globalem Protektionismus und Dirigismus könnte lauter werden. Die aus den nationalen Diskussionen wohl bekannten Marterinstrumente werden schon genannt – sie reichen von Kapitalverkehrskontrollen bis hin zu dirigistischen Eingriffen. Auch hier muss gelten: Wehret den Anfängen! Wenn die Welt auf dem Wege zu einem globalen Markt ist, muss die Frage gestellt werden, welche Weltbinnenmarktpolitik notwendig ist, die Funktionsfähigkeit einer globalen Marktwirtschaft zu sichern. Also, welche Regeln können oder müssen aus der nationalen Praxis – Regeln also, die der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft im Inneren dienen – übernommen werden. Für den Bereich des Welthandels kann die WTO als beispielgebend gelten. Hier ist der Grundgedanke der Sicherung globaler Wettbewerbsregelungen schon aufgenommen. Denn hier gilt wie für die globalen Finanzmärkte, dass die nationalen Wettbewerbsregeln nicht mehr ausreichen. Aus dieser Erkenntnis entstand mit der WTO die erste neue internationale Institution nach dem kalten Krieg. Nicht um den freien Wettbewerb zu behindern, sondern um den Marktkräften global durch einen fairen Wettbewerb zur Entfaltung zu verhelfen. In die gleiche Richtung gehen auch die Forderungen nach einem Weltkartellamt, die interessanterweise auch aus dem Bundeskartellamt kommen, also einer Einrichtung, die ein Wächteramt über die Marktwirtschaft innehat.

Vordringlich ist jetzt, dass die Politik sich der globalen Finanzmärkte annimmt. Die Verantwortlichen in den nationalen Volkswirtschaften und die Wissenschaft müssen sich bewusst sein: Es geht jetzt darum, in einer immer enger zusammenwachsenden und deshalb immer stärker interdependenten Welt einen freiheitlichen – in Bezug auf die Wirtschaft bedeutet das einen marktwirtschaftlichen – Ordnungsrahmen zu geben. Hier muss die Herrschaft des Rechts garantiert werden und die den Markt störende Herrschaft der Macht verhindert werden. Es ist offenkundig, dass die Europäische Union diese globale Herausforderung mit großer multilateraler Erfahrung und mit einer Art Denkvorsprung angehen kann. Schließlich hat die EU jahrzehntelange Erfahrungen mit überstaatlicher Regelsetzung, die multilaterale Gestaltungsfähigkeit voraussetzt. Wichtig wird dabei sein, dass es zu einer engen Kooperation mit den Staaten, den internationalen Finanzorganisationen und dem privaten Sektor kommt. Die Staaten sollten sich dabei bewusst sein, dass die Globalisierung im wirtschaftlichen Bereich auch auf den Finanzmärkten viel weiter fortgeschritten ist, als das der Politik in vielen Fällen bewusst ist. Die Staaten brauchen neue Politikinstrumente, wenn sie ihrer Verantwortung gerecht werden wollen. Die Asymmetrie des Informationsstandes von transnationalen Unternehmen und Staaten nimmt zu. Das bedeutet für die Staaten die Notwendigkeit, ihren Informationsrückstand zu überwinden. Zur gleichen Zeit ist eine umfassende Bewusstseinsänderung in der Politik erforderlich. Der Staat hat sich bisher vorwiegend vor allem in den marktwirtschaftlichen Ländern als Regelsetzer, also als Garant einer funktionsfähigen Marktwirtschaft verstanden. Jetzt wird er mit seinen Entscheidungen etwa zum Wettbewerbsrecht, zum Steuerrecht, zur Sozialgesetzgebung, zur Entbürokratisierung und Deregulierung und beim Standard des Bildungssystems selbst zum Wettbewerber mit anderen Staaten bei der Gestaltung der Standortbedingungen. Wir stehen vor der Notwendigkeit, Rahmenbedingungen für eine internationale Ordnung zu gestalten. Es kann dabei – und das gilt ganz besonders für den Bereich der Kapitalmärkte – nur um die Entwicklung einer Art von Leitplanken, aber auch um die Sicherung von Transparenz gehen. Wer aber soll diese Aufgabe übernehmen? Global akzeptierte Regeln verlangen globale Mitwirkung. Das kann nicht bedeuten Massenveranstaltungen, die von vornherein zur Unproduktivität verurteilt sind. Vielmehr geht es in einer multipolaren Weltordnung um die Mitwirkung der Pole, die für das 21. Jahrhundert voraussehbar sind. Für Europa bedeutet das: Es muss in seinem ureigensten Interesse sein ganzes Gewicht in die globalen Verhandlungen einbringen und es muss gleichzeitig dafür sorgen, dass die Globalität der Verhandlungen und damit die Verhandlungsergebnisse gesichert werden. Die G 8 reichen dafür nicht aus. China

und Indien zählen ebenso dazu wie Lateinamerika, Afrika, die arabische Welt zu den großen Wirtschaftsregionen Südostasiens, insbesondere die ASEAN-Staaten. Gedacht werden könnte an Beratungen im Rahmen der G 22¹, die unter Umständen auch erweitert werden müssen. Auf jeden Fall sollte die Diskussion über den Verhandlungsrahmen nicht dogmatisiert werden. Entscheidend ist, dass solche Verhandlungen beginnen, wenn ein Rückfall in neuen Protektionismus und Dirigismus durch Verlust von Systemvertrauen verhindert werden soll.

Das zu Ende gehende 20. Jahrhundert war wie nie zuvor in der Geschichte ein Jahrhundert der Ideologien und ein Jahrhundert der Gewalt. Nach der Überwindung des Ost-West-Konflikts stehen wir inmitten des Zeitalters der Globalisierung. Die darin liegenden Chancen beherzt zu nutzen und Gefahren durch entschlossenes gemeinsames Handeln zu begegnen, ist die Zukunftsverantwortung Deutschlands und Europas.

Der große englische Gelehrte Arnold Toynbee hat gezeigt, dass das Überleben von Kulturen von ihrer Fähigkeit abhängt, auf neue Herausforderungen angemessene Antworten zu finden. Die Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung heißt europäische Integration und globale Kooperation, nicht Rückfall in die nationalistischen Irrwege des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts.

Die Globalisierung eröffnet unserem Kontinent noch einmal die Chance, seinen Platz in einer neuen, auf Gleichberechtigung und Kooperation gegründeten Weltordnung einzunehmen. Die Geschichte pflegt ihre Angebote nicht zu wiederholen. Nutzen kann sie nur, wer in dem Beharren und der Fortschrittsverweigerung das geringere Risiko sieht als in der Fähigkeit, neue Entwicklungen zu erkennen und sie verantwortlich zu gestalten.

¹ G 7 + 15 große Staaten von Argentinien bis Russland